

Ercheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Abonnementpreis  
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro  
Quartal.  
Monats-Abonnement  
werden bei allen deutschen Postämtern  
auf den 2. und 3. Monat, und auf den  
3. Monat besonders angenommen; im  
Süd- und Ost-Preußen, in  
Sachsen, Thüringen und auf den Inseln  
des Nordens 4 1/2 M.  
Inserate  
letz. Besprechungen v. 10 Pf.  
letz. Privatangelegenheiten und letz. von  
Wettseite 20 Pf.

# Vorwärts

Bestellungen  
nehmen an alle Postämtern und Buch-  
handlungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen.  
New York: Soc. Democr. Gesell-  
schaftsdruckerei, 154 Eldridge Str.  
Philadelphia: P. Box, 430 North  
2nd Street.  
J. Box, 1129 Charlotte Str.  
Boston N. J.: F. A. Sorge, 215 Wash-  
ington Str.  
Chicago: W. Kaspermann, 74 Clybourn-Str.  
San Francisco: F. Box, 428 O'Farrell Str.  
London W.: G. Gense, 8 New  
Golden Square.

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 105.

Freitag, 6. September.

1878.

### Gedanken über unsere zukünftige Agitation.

(Aus Schwaben.)

Die verschiedensten Vorschläge über Agitation sind an dieser Stelle schon von Parteigenossen gemacht worden, und wenige sind bis heute realisiert; auch Schreiber dieser Zeilen tritt mit einem Vorschlag vor die Parteigenossen und ersucht sie um nähere Prüfung und, wenn die Zeit und Umstände es erlauben, auch um nähere Besprechung. Vielen Genossen wird mein Vorschlag kein neuer sein; das aber wird doch zugegeben werden müssen, daß diese Art Agitation selbst bei vollständigem Durchdringen des „Sozialistengesetzes“ noch betrieben werden könnte und zwar ohne die Agitatoren zur Strafe zu ziehen, deshalb: Weil man selbst außerhalb Nürnbergs keinen hängt, den man nicht hat.

Doch zur Sache selbst. Wie Jedem bekannt ist, expediert die Post Streifbänder bis zu 50 Gramm Gewicht für 3 Pf. In ein solches Streifband lassen sich 3 Exemplare „Vorwärts“ oder 1 Exemplar „Nieder mit den Sozialdemokraten“ und 1 Exemplar „Vorwärts“, oder irgend ein andres Parteiblatt als Umschlag verpacken.

Ich habe im Sozialistengesetz-Entwurf nicht gelesen, daß die Post solche Sendungen nicht expedieren darf, und schwerlich dürfte es ihr möglich sein, zumal an größeren Plätzen, sämtliche aufgegebenen Streifbänder zu durchstöbern; kann man doch ein erzeptionsfähiges Wochenblatt als Umschlag eines sozialdemokratischen Parteiblattes verwenden. Die „Aufmerksamkeit“ wird mehr abgelenkt und die beiden oder das Kleblatt von Zeitungen im Streifband machen ganz friedlich zusammen ihre bestimmte Wanderung. Nicht wenige Parteigenossen sind im Punkt der Agitation lahm gelegt, zumal gegenwärtig; und doch, wer riecht das, wenn ein solcher „Petroleur“ in seiner Klasse 10 Streifbänder zusammenpackt und an Personen adressiert, von denen er annimmt, daß noch nicht „Hofen und Rals“ an ihnen verloren sei. Solche 10 Streifbandsendungen kosten inclusive Umschläge, die man mit bei der Post selbst kauft, 33 Pf., das zu verpackende Material wird auch noch zu erhalten sein, selbst beim strengsten Verbot. Können doch nicht alle Padete, die vom Auslande kommen, durchgeschmiffelt werden; der auffallende „Petroleur“ muß eben vom Absender vermieden werden. Jetzt momentan aber ist das Material noch zu haben und zwar verschiedene Broschüren sehr billig. Gedichte wie zum Beispiel Arbeitermarxellaise, Anti-Syllabus etc. etc. ebenfalls sehr billig, dann ältere Nummern des „Vorwärts“. Mit diesem Material, ein Kässblättchen-Umschlag zur Vorsicht, können unsere deutschen Denkerschädel bombardiert werden.

Mancher kann auf diese Weise in Kreise unsere Ideen tragen, in welche dieselben sonst keinen Eintritt haben, und was das Beste: diese Gegenstände und Philister-Folterwerkzeuge können von einem beliebigen Orte herkommen, so daß der „Gemarkter“ sich den Kopf zerbrechen kann darüber, wo denn eigentlich in Köln oder Hamburg oder Danzig oder München seinen Namen weiß und ihm mit solchen „Geschenken“ auf den Leib rückt. Und diese Geschenke, weil neu, fremd, werden gelesen und gar noch vielleicht dem Nachbar etc. etc. gegeben. Der Schreiber dieses hat in diesem Punkte schon einige Erfahrungen und er weiß auch, daß er schon manchen von seinem Vorurteil auf diese Weise befreit hat — und das ist genug.

Jeder Genosse kommt doch jährlich einmal in die Lage, über Land zu fahren oder zu gehen; er opfert so etliche 33 Pf., nimmt eine Anzahl schon lange geleiteter Parteiblätter zur Hand, macht eine Partie Kreuzbänder davon, kein Mensch ahnt, daß der Hans oder Kunz der freundliche Geber war, wenn dann von A. oder U. etwas „geschick“ wird. Gefahr ist nicht dabei, und selbst, wenn das Lesen solcher Blätter öffentlich verboten wird, steht nicht neben jedem Adressaten ein Wensdarm oder Polizist. Dazu kommt noch, daß verbotene Früchte erst recht gut schmecken, und ich wette 10 gegen 1, daß etwas Gutes auf solche Weise erreicht wird.

Aber auch dann, wenn unsere Preßzeugnisse in Zukunft noch hergestellt werden dürfen, ist diese Art Agitation sehr zu empfehlen. Man kommt mit den gleichen Kosten einer Agitation, wie sie jetzt betrieben werden kann, viel weniger in Konflikt mit den vielfach schlecht instruierten Beamten. Das Ding geht so still, so leise, und es geht doch!

Wird dieser Vorschlag, der von kundigeren Leuten, als Schreiber dieses ist, noch näher und eingehender besprochen werden kann, allgemeiner durchgeführt, so werden die Reihen unserer „politisch Inhaftierten“ nicht vermehrt werden — und dennoch wird agitiert.

Auf jeden Fall ist Vorsicht besser als Nachsicht. Etwas haben wir sicher zu erwarten in Bezug des Ausnahmegesetzes. — Deswegen wende man sich bei Zeiten dahin, wo Material zu haben ist, und ist es einmal in den Hirnkästen, dann ist es auch vor dem Confiszieren sicher. Deswegen: die Hirnkästen; die Hirnkästen! Auf zum Bombardement!

### Stimmen der Presse über das Bismarck'sche Ausnahmegesetz.

(Fortsetzung.)

Wir brachten bereits einen Artikel der konservativen „Deutschen Reichspost“ zum Abdruck. Bei dem Interesse, welches die Haltung der ehrlichen konservativen — d. h. nicht unter konservativer Firma reaktionären — Partei erregt, wird man es in der Ordnung finden, wenn wir heute einen zweiten Artikel des nämlichen Blattes mittheilen. Derselbe ist durch einen Artikel der „Kreuzzeitung“ veranlaßt, die sich natürlich, mit

einigen Clauseln, für Annahme des Gesetzentwurfs erklärt, und lautet:

Wir haben beim Abdruck des Artikels der „Provinzial-Correspondenz“ über den Gesetzentwurf gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ auch die Bemerkung der „Neuen Preussischen Zeitung“ („Kreuzzeitung“) wiedergegeben, daß vorbehaltlich angemessener Verbesserungsvoor schläge die konservativen Fraktionen sich voraussichtlich im Allgemeinen dem Gesetzentwurf gegenüber zustimmend verhalten würden.

Nun sind wir freilich weit entfernt, zu behaupten, daß die „Neue Preussische Zeitung“ mit dieser Ansicht Unrecht behalten werde. Aber das kann uns nicht hindern, zu wiederholen, daß wir ein solches Verhalten unserer politischen Freunde als einen schweren Fehler beklagen müßten. Wir haben früher aus bester Quelle berichtet, daß man an entscheidender Stelle nicht daran denke, wirklich mit dem Liberalismus zu brechen und in conservative Bahnen einzulenken. War dies schon vor sechs Wochen der Fall, so heute noch viel mehr, wo die Kissingen Verhandlungen ohne irgend ein greifbares Resultat geendet haben. Der Kanzler ist auf die Unterstützung der Liberalen angewiesen, da das Centrum in der Opposition bleibt und Deutsch-Konservative, Reichspartei und Treitschke-Geweis keine Majorität bilden. Daher die entgegengesetzte Sprache, welche jetzt plötzlich die Regierungspresse wieder gegen die Liberalen anschlägt, die sie so heftig angegriffen, und das bereitwillige Echo, welches dieser Uebergang aus der in moll findet. Die nationalliberale Partei wird bei dem deutschen Sicherheitsgesetz nur bestrebt sein, um mit dem Kanzler zu reden, die „juristische Fassade“ zu retten, mag im Inneren des Gebäudes es zugehen wie es will. Nun steht aber für alle urtheilsfähigen Conservativen wohl fest, daß alle Repressivmaßregeln gegen die Sozialdemokraten ohne eine positive soziale Reformgesetzgebung ganz aussichtslos sind. Die „Neue Preussische Zeitung“ hat in Uebereinstimmung mit uns dieser Ueberzeugung wiederholt Ausdruck gegeben. Es müßte daher schon an sich die Bereitwilligkeit der Regierung zu solchen Reformen konstatirt sein, wenn die Conservativen sich bereit finden lassen sollen, für Repressivgesetze zu stimmen. Von dieser Bereitwilligkeit aber verlautet nicht nur nichts, sondern das Gegentheil, denn der Preis jeder Unterstützung der Liberalen gegen die Sozialdemokratie ist die Aufrechterhaltung der wirtschaftlich-sozialen Gesetzgebung, welche uns in die gegenwärtigen Wirren geführt. Was die sogenannte Ordnungspartei, deren Kern die Frei-Conservativen mit dem rechten Flügel der National-Liberalen bilden, in Scene setzen will, ist eine matte Nachahmung der bonapartistischen Staatsretterei, ein auf deutsche Verhältnisse zugeschnittener Casarismus. Eine solche Politik, die nur darauf ausgeht, äußerliche Ruhe herzustellen, dagegen nie das Uebel an der Quelle ansieht, ist aber nie und nimmer konservativ. Man verweist nun sowohl seitens der liberalen Organe als der „Neuen Preussischen Ztg.“ auf Amendirung des Entwurfes und, wie wir vernehmen, hat allerdings bereits der Justizauschuß des Bundesrathes insofern damit den Anfang gemacht, als er das vorgeschlagene Ausnahmegericht der Art beseitigt, daß er an die Stelle des Reichsamtes für Vereinswesen und Presse einen Ausschuß des Bundesrathes setzen will. Dies ist insofern von Wichtigkeit, als es zeigt, daß die Regierung ihre Absicht, durch die Veröffentlichung des Entwurfes einen Druck auf die Bundesregierungen zur einfachen Annahme zu üben, nicht erreicht hat, es würde den Einzelstaaten durch diese Veränderung auch unfreiwillig mehr Garantie für eine ihren speziellen Verhältnissen entsprechende Handhabung des Gesetzes geboten. Andererseits aber würde nach der bisherigen Praxis ein Ausschuß des Bundesrathes doch geheim berathen und so noch weniger Garantie der richterlichen Unparteilichkeit bieten, als eine Behörde, die wenigstens 5 etatsmäßig angestellte Richter als Mitglieder zählen soll. Die Hauptsache aber, der § 1 mit seiner Kautschukdefinition der obligatorisch zu verbiethenden Vereine und Schriften, bliebe bestehen. Das Zeitwort „Regieren“ würde, wie die „Wespen“ richtig sagen, nach Annahme des Ausnahmegesetzes, doch conjugirt werden.

Ich verbiete,  
Du confiszirst,  
Er verhaftet.  
Wir lösen auf,  
Ihr schloßet den Verein,  
Sie wiesen aus, u. s. w.,  
bis zum Participium: Gerettet! Gerichtet!

Wir fragen: Können die Conservativen, welche in ihrem Programm ausdrücklich erklärt, daß sie ein volles, gesetzlich gesichertes Maß von Freiheit für das deutsche Volk wollen, ohne irgend eine Garantie positiver Reform in wirtschaftlichen und sozialen Fragen die Hand dazu bieten, ein berartiges Regiment herbeizuführen, das im Vollbesitz der Allmacht sich am wenigsten um die berechtigten Forderungen unserer Partei kümmern würde, während die zehrenden Kräfte, die sich nicht mehr aus Tageslicht wagen dürfen, ihre verderbliche Miniarbeit nur um so energischer in der Tiefe fortsetzen würden?

So die deutsche „Reichspost“. Es läßt sich nicht leugnen, daß sie vom Standpunkt des ehrlichen Conservatismus durchaus korrekt urtheilt. Aber wo sind die ehrlichen Conservativen? Wir fürchten, der ehrliche Conservatismus schwebt in der Luft und ist eine utopistische Träumerei.

Die sozialisteneindliche, schon früher von uns citirte Wiener „Neue Freie Presse“ äußert sich über das „Sozialistengesetz“ in seiner neuesten Fassung, sowie sie vom Bundesrath beliebt worden ist, wie folgt:

Der deutsche Bundesrath hat das famose Sozialistengesetz, zu welchem Preußen neben dem Impulse auch den Ent-

wurf geliefert hat, nach längerem Säubern angenommen. Er hat indessen nicht umhin gekonnt, dem preussischen Elaborate, das alle Freiheit der Presse und des Vereinswesens zu unterdrücken drohte, einige wesentliche Milderungen und Abschwächungen widerfahren zu lassen, um es überhaupt diskutirbar zu machen. Namentlich waren es die Südstaaten, welche sich sträubten, die blanke Reaktion zum Gesetze zu erheben, und ihrem Widerstande ist es zu danken, daß wenigstens die brutalsten Paragraphen ausgemerzt wurden und insbesondere die Unsehbarkeit, welche sich in einem neu zu begründenden Reichsamte für Presse und Vereinswesen verkörpern sollte, ein Trauma des Fürsten Bismarck geblieben ist. Dieses Reichsamte, das sich unzweifelhaft zu einer Reichs-Censurbehörde ausgewachsen und jedes freie Wort in Sprache und Schrift zum Verbrechen gegen die „Staats- und Gesellschaftsordnung“ gestempelt hätte, ist gestorben, bevor es geboren wurde, und wenn auch das Prinzip jähher Gewaltthätigkeit noch immer in den modifizirten zweiundzwanzig Paragraphen der Gesetzesvorlage gefährlich genug zum Ausdruck kommt, so ist doch immerhin die größere Bürgschaft einer besonnenen Handhabung des unseligen Gesetzes vorhanden, wenn der Bundesrath anstatt eines ad hoc bestellten Inquisitions-Gerichtes die oberste Instanz in Sachen der „untergeordneten Staats- und Gesellschaftsordnung“ bildet.

Auch so bleibt unseres Erachtens das Gesetz noch eine Monstrosität und ein Produkt jener unheilvollen Gesetzmacherei, in welcher die deutschen Legislatores seit der Neubegründung des Reiches excellirt haben. Die Unklarheiten in den Begriffsbestimmungen sind darin belassen worden und die drakonischen Strafzumessungen wurden auch von den Juristen des Bundesrathes nicht gemildert. Auch der Bundesrath hat sich enthalten, in dieser Richtung den Charakter der Ausnahmegesetzgebung mindestens zu betonen, und ob eine Volksvertretung, die es mit ihrem Verufe ernst nimmt, sich bewegen lassen kann, Repressiv-Maßregeln zu billigen, welche ohne begrenzte Wirkungsdauer erlassen und geübt werden sollen, das ist eine Frage, welche man in Berlin sehr gewissenhaft wird prüfen müssen, wenn man nicht die Autorität des Reichstages vollends und für immer preisgeben will.

Finden sich innerhalb der nationalliberalen Partei auch nur 30 tapferere Männer, welche dem Fürsten Bismarck entgegenzutreten wagen, so ist die Sozialistenvorlage gleich ihrer Vorgängerin vom 24. Mai geworfen. Freilich darf man nur schüchtern diesem Glauben sich hingeben, denn auch die nationalliberale Partei ist dahin gekommen, um ihrer politischen Macht willen manchen ihrer Grundzüge zu verleugnen. Es könnte sein, daß die Verhandlung über die Vorlage an die biblische Geschichte vom Untergange Sodomas erinnert, das gerettet werden konnte, wenn auch nur Ein Gerechter sich in der dem Verderben geweihten Stadt befunden hätte. Das Gleichniß ist hart, aber nicht zu hart für den Fall, daß das Gesetz zur Annahme gelangen sollte. Die Unterhandlungen Bismarcks mit dem Rantius Majella haben klar und deutlich bewiesen, worauf es dem deutschen Reichskanzler ankommt. Mögen sie gescheitert sein oder nicht, das Eine ist gewiß, daß der Liberalismus geopfert werden sollte, um für reaktionäre Wirtschaftspläne Raum zu schaffen. An dem Schicksale des Sozialistengesetzes wird es sich nun herausstellen, ob der deutsche Liberalismus des Looses werth ist, das ihm bereitet werden soll. Man meint in Berlin, auch auf liberaler Seite etwas gegen die Sozialdemokratie thun zu müssen, aber man vergißt, daß man den reaktionären Faktoren nicht minder verhaft ist, als jene. Es ist ein geringer Trost, daß der drakonischen Vorlage mit dem Reichsamte für Presse und Vereinswesen ihr gewalthätigstes und gefährlichstes Kriterium entzogen ist. Das ganze Nachwerk ist eine Gefahr, weil es erspäht ein Ausnahmegesetz werden und zweitens in infinitum seine Wirksamkeit behalten soll. Worin besteht denn noch die Initiative eines Volkshauses, seine Autorität und Coordinirung mit den übrigen constitutionellen Faktoren, wenn es nicht dafür sorgen kann, daß die Freiheit in Wort und Schrift unangestastet bleibe, daß Erungenenschaften, um die man mehr als zwei Jahrzehnte gekämpft hat, nicht plötzlich wie mit einem Schwamme hinweggewischt werden?

Der Bundesrath hat niemals als eine liberale Körperschaft gegolten und dennoch die Kraft gefunden, an der Sozialisten-Vorlage eine einschneidende Veränderung vorzunehmen. Der Reichstag ist berufen, sich von dem Bundesrath an Freiheitsfinn nicht übertreffen zu lassen. Er darf nicht in schwächlichen Amendements und ausgetüftelten Abmilderungen Bürgschaften für die Freiheit finden wollen, wo es gilt, die Freiheit überhaupt gegen feindliche Mächte zu retten. Ein Abgeordneter hat andere Pflichten, als ein kleinhaaltlicher Minister, und ein Gesetz ist durch seinen Geist gefährlich, nicht durch seinen Buchstaben. Der Geist aber, welcher durch diese Sozialisten-Vorlage weht, ist ein Geist der Reaktion. Ihn bekämpfen, heißt das Volk vor Schaden bewahren, ihn annehmen, das Volk unübersehbaren Gefahren preisgeben. Niemand war es angebrachter als in diesem Falle, den parlamentarischen Männern in Berlin ein dringendes und lautes Caveant consules zuzurufen. Ihr Votum wird der Freiheit entweder zum Heile oder zum unberechenbaren Verhängnisse werden.

Zu sonderbarem Widerspruch mit der „Neuen Freien Presse“ faßt die „Lasker'sche Autographirte Correspondenz“ die Verbesserung des Reichsamtes durch den Bundesrath als eine Verschlechterung des Gesetzes auf. Das Reichsamte war wenigstens die Garantie eines gerichtlichen Verfahrens, wenn auch nicht in genügender Weise. Diese wunderbare Entdeckung des links-flügeligen Organs des Nationalliberalismus kennzeichnet die 30 tapferen Männer, an deren „Manneskeulen“ das Wiener Blatt appellirt. (Fortsetzung folgt.)

## Sozialpolitische Uebersicht.

Das Sedansfest ist, als nationales Fest und als Volksfest, eine Fehlgeburt. Ganz abgesehen von dem unglücklichen Anlaß, trank es unheilbar an dem tödlichen Umstand, daß es ein Parteifest ist. Politische Nationalfeste sind sehr gut denkbar — wir erinnern an die Volksfeste des klassischen Griechenland, die eminent politischer Natur waren, aber die Politik muß dann auch echt national sein, das gesammte Volk umfassend, nicht eine aristonationale, die sich als einzig richtige hinstellt, jede andere in Acht und Bann thuet. Ein Fest, das bloß national ist im Sinne des engherzigen Chauvinismus, des Mords und Procentpatriotismus, kann nur eine künstliche Existenz führen und verwindet entweder von selbst, oder empfängt einen anderen, edleren Inhalt, sobald die verkehrte Richtung, der es seinen Ursprung verdankt, nicht mehr die herrschende ist. Unser Sedansfest ist und bleibt ein gemachtes Fest — mit dem üblichen, grauhaft monotonen, wenn auch in die Augen fallenden und geräuschvollen Apparat aller gemachten von oben herab kommenden et'ra Feste. Kein Pathos, kein Geyolter vermag etwas an dieser Thatsache zu ändern. Die Herren Chauvinisten, Mords- und Procentpatrioten mögen sich noch so sehr anstrengen, von Jahr zu Jahr wird das Sedansfest kläglicher. Und daß es heuer sogar hinter den bescheidensten Erwartungen der „Macher“ zurückgeblieben ist, wird von diesen selbst zugestanden. „Mißvergnügen und Pessimismus“, stönt die „Nationalliberale Correspondenz“, sind das eigentliche Kennzeichen unserer gegenwärtigen politischen Stimmung. — Es läßt ein eigentümlicher Druck auf dem nationalen Festtage. — Beängstigende Zeichen der Zeit wollen die freudige Erinnerung an die schöneren Tage des nationalen Aufschwungs nicht recht aufkommen lassen. Amen! Ueber die „schönen Tage des nationalen Aufschwungs“ ließe sich Mancherlei sagen, doch das würde uns zu weit führen. Warum aber, möchten wir fragen, warum überhaupt solche Feste feiern, wenn die Zeit dafür nicht passend ist? Die Hunderttausende, welche bei dem hoffnungslosen Versuch, dem deutschen Volk ein nationales Fest, von dem es nichts wissen will, gewaltsam aufzutropfen zu wollen, im wahren Sinne des Wortes verpulvert worden sind, hätten sicherlich weit besser verwandt werden können in dieser Zeit des allgemeinen Nothstandes.

Eine freche Verleumdung. In der Böhmer'schen „Sozialcorrespondenz“ lesen wir:

„Auge um Auge, Zahn um Zahn! Man schreibt uns aus Chemnitz: „Das Schamloseste und Aeußerste, was bisher in der Schürung des Parteibasses geleistet worden ist, hat die Sozialdemokratie von Chemnitz fertig gebracht. Seit einigen Tagen werden hier öffentlich und im Stillen Auftrüge verbreitet, wodurch alle „Freisinnigen“ (soll heißen alle Reichsfeinde) aufgefordert werden, ihre Lebensbedürfnisse: Fleisch, Brod, Butter, Kleider u. s. w. nur von denjenigen Händlern zu entnehmen, welche auf vorheriges Befragen sich offen zur Partei der Sozialdemokratie bekennen. Man macht also auch den kommerziellen Verkehr zur Parteisache und hofft auf diese Weise einem großen Theile des Chemnitzer Bürgerstandes Furcht einzujagen. Da gerade in Chemnitz das Geschäftleben außerordentlich darniederliegt, glaubt man durch einen geschickt angelegten Coup die Kleinbürger in die Falle locken zu können. Dem gegenüber hat sich aber sofort die auch in weiteren Kreisen rühmlichst bekannte „Bereinigung reichstreuer Männer“ erhoben und den Beschluß gefaßt — wie in früheren Fällen, so auch diesmal — die Gewalt durch eine größere Gewalt niederzuhalten. Die „Bereinigung reichstreuer Männer“ in Chemnitz, welche zur Zeit 3000 Mitglieder zählt und die 13,000 Wähler des liberalen Reichstagsabgeordneten Bopel hinter sich hat, wird es ihren Mitgliedern zur Pflicht machen, alle diejenigen Wirtschaftsstellen, Bergbauanstalten und Verkaufsstellen zu meiden, welche das sozialdemokratische Organ halten oder in demselben inseriren. Der veruchte Schachzug wird daher sehr zu Ungunsten der Umstürzler ausfallen.“

So der Böhmer'sche Wackzettel. Die Wahrheit ist: die „reichstreuen Männer“ haben seit 8 Wochen in Chemnitz einen Feldzug zur Ausrottung der „Chemnitzer freien Presse“ und zur Vöhrgehung und zum Ruin jedes sozialistischen Arbeiters, Geschäftsmanns und Beamten eröffnet und sind dabei mit unerhörter Brutalität zu Werke gegangen, so daß es der ganzen Disziplin unserer braven Chemnitzer Parteigenossen bedurfte, um körperliche Repressalien gegen einige der frechen dieser Korablämmerer zu verhindern. Endlich ist aber unseren Genossen der Groudsfaben gerissen: sie verglitten Gleiches mit Gleichem und bekämpften den Feind mit seinen

eigenen Waffen. Sollen die Sozialisten ihre sauer verdienten „Arbeitergroßen“ zu Krämmern, Kaufleuten und Wirthen tragen, von denen sie in pöbelhaftester Weise beschimpft werden? Sie müßten verrückt sein. Unsere Gegner merken jetzt, da der Spieß umgedreht ist, nun freilich, daß sie es sind, die dabei den Kürzeren ziehen — deshalb das furchtbare Petergeschrei. Doch, das ist für uns bloß eine Mahnung, so fortzufahren, bis die Herren Reichskämmler Mores gelernt haben.

Wir bedauern, daß es so weit gekommen ist. Jeder Unparteiische wird uns zugeben, daß nicht wir es sind, die den „unblutigen Bürgerkrieg“ erklärt haben. Man hat thatsächlich den Kriegszustand gegen uns proklamirt — gut, so lange der Kriegszustand dauert, werden wir auch Krieg führen! Von unsren Gegnern hängt es ab, wie lange er dauern soll. Wir waschen unsere Hände in Unschuld.

— Wiederum ein weißer Kabe. In einem literarischen Streite unseres Kieler Parteiorgans mit der liberalen „Kieler Zeitung“, welcher sich darum dreht, ob ein in Kiel bestrachter Mensch, Namens Bod, zur Sozialdemokratie gehöre oder nicht, sagt das liberale Blatt wörtlich:

„Die Frage selbst, ob Bod Sozialdemokrat ist oder nicht, scheint uns nicht relevant zu sein, denn wir sind weit davon entfernt, die sozialdemokratische Partei für die Frevelthaten eines Taugenichts verantwortlich zu machen. Die Sozialdemokraten sind so gut unsere Volksgenossen wie die Conservativen und Liberalen, und wir sind mit dem Herrn Georg v. Bunsen der Ansicht, daß die Sozialdemokraten in ihrem staatsbürgerlichen wie Familienleben meist ohne Makel dastehen. Wir halten die Sozialdemokraten in ihrem sittlichen Werthe für nicht besser und nicht schlechter als alle anderen Volksgenossen, und deshalb eben fordern wir für sie das gleiche Recht.“

Was sagen dazu die „liberalen“ Blätter: „Tribüne“, „Leipziger Tageblatt“, „Deutsche Allgemeine Wiedermeyerin“, „Magdeburgische (Mehring) Zeitung“, „National-Zeitung“ u. s. ?

— Ausdehnung der Gastpflicht auf den landwirthschaftlichen Maschinenbetrieb fordern die bösen Sozialdemokraten, welche dadurch die heutige Gesellschaftsordnung untergraben. Diese wird nun sehr hübsch illustriert durch folgenden Bericht:

„Barey, 30. August. Vor einigen Tagen hatte hier ein Arbeiter das Unglück, auf dem Wege von Verben nach Barey vom Pferde zu stürzen und unter die Räder der Dampf-drehmaschine zu geraten. Kaum erfasst, war er auch schon so übel zugerichtet, daß er nach kurzer Zeit verstarb. Das Traurige bei dem Unglücksfall ist aber, daß der Mann eine Frau und sechs unerzogene Kinder hinterläßt, die ihren Ernährer verloren haben. Dem Vernehmen nach wird eine Sammlung zum Besten der bedürftigen Hinterbliebenen veranstaltet.“

Es ist also der heutigen Gesellschaftsordnung entsprechend, daß für die Hinterbliebenen eines Mannes, der im Dienste der Gesellschaft starb, gebettelt wird. Eine „Untergrabung“ dieser Gesellschaftsordnung ist es, wenn man verlangt, daß den Hinterbliebenen eine gefühlige Entschädigung zu Theil werde!

— Die „Norddeutsche Allgemeine“ und der Reichel-mord. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ entrüstete sich bekanntlich mit ganz absonderlichen (durch wie viel Reptilien-thaler genährten?) Wiser gegen die böse Sozialdemokratie, die über die Freisprechung der Saffulisch nicht in Sad und Asche getrauert und hernach den 8 Kart-Revolver des Lehmann, mit-samt der Nobiling'schen Büchse, „moralisch geladen“ habe, und, wenn sie auch öffentlich abläugnet, doch „immer ganz inwendig“ mit dem Reichelmord sympathisire.

Sehr zeitgemäß ist unter diesen Umständen eine Reminiscenz, die wir in der Breslauer „Wahrheit“ finden:

„Es war im Januar 1870, daß ein Vetter des Kaiser Napoleon, Peter Bonaparte, ein viel verurtheilter Todtschläger, den Redakteur der „Marseillaise“, Victor Noir, als dieser ihn in Duellangelegenheiten eines Dritten in Anteuil besuchte, meuchelmörderisch umbrachte. Bonaparte wurde — trotzdem ihn die europäische öffentliche Meinung mit beispielloser Einmüthigkeit verurtheilte — von dem Schwurgerichte zu Tours freigesprochen. Gegen diese unerhörte Injämie der Justiz war ganz Europa entrüstet; keine einzige deutsche Zeitung wagte es, für Bonaparte Partei zu ergreifen — mit Ausnahme des Bismarck'schen Organs, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Sie schrieb Ende März 1870 wörtlich Folgendes:

„Die Freisprechung des Prinzen Peter Bonaparte, welche

der Telegraph aus Tours gemeldet, darf, wenn man die heftigen Anklagen erwägt, welche aus Anlaß des Vorfalls in Anteuil innerhalb und außerhalb Frankreichs gegen die Napoleonische Familie geschleudert worden sind, als ein Ereigniß von nicht zu unterschätzender politischer Tragweite angesehen werden. Niemand, der die seiner Zeit über das Ereigniß selbst veröffentlichten Darstellungen sowie die Berichte über die gegenwärtigen Verhandlungen des Prozeßes mit Aufmerksamkeit gelesen und das Verhalten und die Lage des Angeklagten mit der seiner Gegner unparteiisch verglichen hat, wird ein Gefühl von Sympathie mit dem Angeklagten und den Wunsch nach Freisprechung desselben haben verleugnen können. Die Geschwornen in Tours haben diesem Gefühl Ausdruck gegeben, indem sie die Frage, ob der Angeklagte des Todtschlags schuldig sei, verneinten. Die Geschwornen haben also die Absicht der Tödtung, welche bei dem Begriff Todtschlag voraus-gesetzt wird, in Abrede gestellt.“

(Diesen Artikel hat beiläufig das „Leipziger Tageblatt“ am 30. März 1870 abgedruckt, ohne auch nur ein Wort des Tadels gegen das Verorgan des deutschen Abgottes zu haben.)

Der Leser wird mit Leichtigkeit die vielen Unterschiede, die zwischen den beiden Fällen von Petersburg obwalten, hervorfinden. In Paris war der Mörder ein althergebrachtes mauvais sujet, in Petersburg die Attentäterin eine makellose Person; in Paris war das Motiv des Mordmordes bonapartistische Bestialität, die sich an einem völlig unschuldigen Objecte, dem Friedensschlichter in der Bagatellstreitfrage, vergrieff; in Petersburg war der leitende Beweggrund für die That: die Sühne zahlloser Verbrechen, begangen am ganzen russischen Volke, und endlich gehörte der Pariser Ermordete zu den Lieblingen des Pariser Volkes, während der Petersburger Attentäter dem russischen Volke als Typus des Scheusals gilt.

Freilich Ende März 1870 waren wir noch der bonapartistischen „Majestät guter Bruder.“

— Das Ausnahmegesetz wirft seine Schatten schon voraus. Der Redakteur der liberalen „Schleswig'schen Zeitung“, Dr. G. Dill, ist wegen Verleumdung des preussischen Staatsministeriums zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden! — Drei Monate Gefängniß erhielt der Redakteur der fortschrittlichen „Ostdeutschen Zeitung“ in Posen wegen Verleumdung des Kronprinzen von Preußen. — Wenn so etwas am grünen Holze geschieht, wie soll's am dürren werden!

— Die Schweiz entschweizert sich immer mehr. Wieder ein Feszen des Asylrechts ist dem reaktionären Europa geopfert worden. Aus Bern (vom 28. August) schreibt man der „Tribüne“: „Auf eingegangene Beschwerde über Zunahme der Deserteurs aus andern Staaten hat der Bundesrath an sämtliche eidgenössische Stände ein sehr interessantes und die Bürgerpflicht jedes Mannes richtig kennzeichnendes Preis-schreiben erlassen, in welchem auch folgende Stelle vorkommt: „Vor allem können wir diejenigen Fremden, welche ihre Heimath verlassen, um sich der Militärpflicht zu entziehen, nicht als politische Flüchtlinge anerkennen. Es ist dies gegenwärtig um so weniger möglich, als jetzt in fast allen Nachbarstaaten der Militärdienst zur allgemeinen Bürgerpflicht geworden ist. Diejenigen Individuen, welche sich der Erfüllung dieser Bürgerpflicht entziehen wollen, können daher nicht erwarten, daß sie in der Schweiz in ihrem Vorhaben, die Gesetze ihres Heimathstaates zu umgehen, Unterstützung finden. Die Kantone sind deshalb in keiner Weise verpflichtet, solche Leute aufzunehmen und ihnen Aufenthalt zu gewähren. Dieselben sind vielmehr zu ermahnen und aufzufordern, freiwillig zurückzukehren. Würde diese Mahnung nicht entsprochen, so sind die Cantone vollkommen berechtigt, diese Leute einfach an die Grenze zurückzuweisen.“ — Das heißt auszuliefern. Des Danls aller An-beter des Molochs Militarismus darf die „freie Schweiz“ ebenso sicher sein, als der — entgegengesetzten Gefährte seiner Opfer!

— Aus Halberstadt wird mitgetheilt: Der verantwortliche Redakteur der „Halberstädter Freien Zeitung“, A. Krühl, welcher vor ca. 2 Monaten wegen Freivergehen mit 12 $\frac{1}{2}$  Monat Gefängniß bestraft worden, sich aber dieser Strafe durch die Flucht nach der Schweiz entzogen hatte, hat sich am 31. August, seinem in der von uns gebrachten „Flüchtlingsbetrachtung“ gegebenen Versprechen gemäß, zur „Verbüßung“ seiner Strafe freiwillig in Halberstadt dem Gerichte gestellt.

## Die Sprache unserer Presse.

(Eingefandt.)

Unsere Feinde und noch mehr unsere „Freunde“ erbittern sich stets über die für ihre zartfühlenden Nerven zu derbe Sprache unserer Redakteure. Es ist daher wohl angebracht, ihnen mitzutheilen (denn sie scheinen keine Ahnung davon zu haben), wie sich eintr der größten politischen Schriftsteller der Deutschen, Ludwig Börne, über diesen Gegenstand ausgesprochen. Sie mögen die „Briefe aus Paris“ zur Hand nehmen; dort ist in Nr. 73 der II. Abtheilung (datirt den 2. Februar 1832) das Folgende zu lesen:

„Die ministeriellen Blätter, die Hofzeitungen, warum schreiben sie denn so plump, warum schimpfen sie so pöbelhaft auf die Vertheidiger der Freiheit? Glauben Sie, weil sie nicht sein zu sein verstehen? O nein! Sie verstehen es nur zu gut. Wenn sie einen Streit unter sich haben, Hof gegen Hof, Fürst gegen Fürst, Macht gegen Macht, dann locht selbst ihr heftigster Zorn nie so stark über, daß der trübte Schaum der Wuth zum Vorschein käme. Daß im Herzen, haben sie die liebevollsten Worte auf den Lippen und mit der ausgesuchtesten Höflichkeit stoßen sie dem Feinde ein schönes Schwert in die Brust. Wo es aber darauf ankommt, die Freiheit nieder zu reden, da wo die öffentliche Meinung, die Menge entscheidet, sind sie grob und plump, um auf die grobe, plumpe und gedankenlose Menge zu wirken, die in allen Ständen, vom Hofmanne bis zum Bauer, die Mehrzahl bildet. Was sie gegen uns, sollten wir gegen sie thun. Seit 15 Jahren hat die Freiheit den Sieg, den sie siebenmal errungen, siebenmal wieder verloren, weil sie zu mächtig war, wie in ihren Handlungen, so in ihren Reden. Die Völker glauben noch nicht fest genug an ihr eigenes Recht und daß sie allein alles Recht besitzen. Sie kennen noch nicht genug ihre eigene Macht und daß keiner Macht hat neben ihnen. Sie wissen noch nicht genug, daß die Welt ihnen allein gehört und Königen nicht der kleinste Theil davon, der sich weiter erstreckte als ihr väterliches Erbe, und daß sie darum von allem, was sie wollen und was sie thun, keinem Rechenschaft zu geben haben als Gott allein. Darum, weil sie das nicht wissen, ihr Recht und ihre Macht nicht kennen, wollen die Völker in den Augen ihrer

Fürsten gut und billig erscheinen, rechtfertigen sich, statt Rechtfertigung zu begehren, fordern, wo sie nehmen sollten, fordern nicht alles, was ihnen gebührt, und fordern es mit so leisen, höflichen Worten, daß man sich anstellt, die Hälfte nicht verstanden zu haben, und die verstandene Hälfte abzuschlagen den Rath bekommt; das muß anders werden. Keine Schonung mehr, nicht im Handeln, nicht im Reden. Liegt die Freiheit hinter einem Meere von Blut — wir holen sie; liegt sie tief im Kothe verent, wir holen sie auch. Darum siegt die Bosheit überall, darum wissen Dummheit und Gemeinheit immer den Vorprung zu gewinnen, weil sie den kürzesten Weg zum Ziele nehmen, unbekümmert, ob er rein sei oder schmutzig. Sie hält die Reinlichkeit nicht ab, sie gebrauchen selbst unedle Mittel, wenn etwas Schlechtes dadurch zu erreichen, und wir sollten den Koth meiden, auch wenn er zum Guten führt? Wir suchen reinliche Umwege, verlieren die Zeit und Alles; denn, wo wir auch den Feind einholen, immer finden wir ihn im Schlamm, den wir früher oder später durchwaten müssen, wollen wir siegen für das Recht. Was Andere thun für die Tyrannei, warum sollen wir es nicht für die Freiheit thun? Schwert gegen Schwert, List gegen List, Koth gegen Koth, Hundegedell gegen Hundegedell. Heine sagt: auch die Freiheit müsse ihre Jesuiten haben; ich sage das auch. Aber nicht das allein, die Freiheit muß Alles haben, was im Lager der Tyrannei zu finden, Stüch-knechte, Rothmäntel, Bajaziren, Maroburs, Paulensschläger und Troßbüben. Lernen wir begreifen, daß die Tyrannen nur solche Waffen fürchten, die sie selbst gebrauchen. Darum der List ja keine Offenheit, dem Vacker keine Tugend, der Frechheit keine Milde, der Plumpheit keinen Anstand gegenüber.

„It es wie in den großen Kämpfen dieser Zeit, wo Macht gegen Macht streitet, nicht auch in den kleinen Kämpfen aller Zeiten, wo jeder Mensch für sein besonderes Leben gegen das andere besondere Leben kämpft? Siegt nicht immer der Dumme über den Weisen, der Böswicht über den edlen Mann? Das geschieht, weil die edlen Menschen den Sieg mit dem Kampfe, die Deute mit der Waffe verwechseln und mit Recht für das Recht streiten. Nur mit Unrecht gewinnt man das Recht; denn man kann selbst im Kampfe für die Wahrheit die Söldlinge nicht entbehren, und diese bezahlt man mit Tugend nicht.

„Lesen Sie Rousseau. Es gab keinen Menschen, der das Gute mehr geliebt, das Schlechte mehr gehaßt, als er. Er kämpfte sein ganzes Leben für Freiheit und Recht, und warum wurde er so verkannt? Warum war sein Leben so voll Schmach und Noth? Er verpötte die Gemeinheit und war gutmüthig gegen die Gemeinen; er bekämpfte den Trug und lebte in Frieden mit allen Betrügnern; er verfolgte alles Schlechte und schonte die Schlechten. Ueber die Sache verschwand ihm der Mensch; er liebte das Gute und verstand die Guten nicht zu lieben; aber man muß Feinde haben, um Freunde zu finden; man muß hassen, um lieben zu können. Rousseau haßte und liebte Keinen, darum stand er allein; er verfolgte Jeden, darum wurde er von Allen verfolgt. Gott und Welt, Himmel und Erde vertheidigte er, aber sich selbst wußte er nicht zu vertheidigen. Das schien ihm schönder Lohn für freien Liebesdienst, und den verschmähte er. Darum ging er zu Grunde. Alle Blüthe seiner Beredsamkeit gebrauchte er für Andere; für sich selbst war er wehrlos und stumm. Einmal sagt er in seinen Bekenntnissen: „Hätte ich meine Kraft brauchen wollen gegen meine Feinde, ich hätte gewiß die Lächer auf meiner Seite gehabt.“

„Ich habe mir das gemerkt. Die Lächer will ich auf meine Seite ziehen; die Lächer, die gutes Herz und gute Häufte haben, und nicht die feinen Lächer, die, ob sie wohl tausendmal mir Recht geben, doch tausendmal mich todtschlagen ließen, ohne die Hand für mich aufzuheben, aber mir immerfort Recht geben und immerfort lächeln würden. Göttliche Grobheit! vor dir falle ich nieder!“

So der berühmte Apostel der Freiheit, Ludwig Börne, dem gewiß Niemand Mangel an Milde und Menschenliebe vorwerfen kann. Beherzigen wir seine Worte, lassen wir alle Sentimentalitäten bei Seite, reden wir so, daß kein König je von uns sagen kann: Meine Feinde sind feig gewesen!

— Geld, der beste Tröster. Wie viel der herrschenden Gesellschaft an dem Wohl und Wehe der Arbeiter gelegen ist, zeigt folgende dem „Wittener Anzeiger“ entnommene satonische Notiz, die an Engherzigkeit und Nothheit alles bisher Dagewesene übertrifft: „Hedendorf, 22. August. Gestern Mittag gegen 12

## Correspondenzen.

**Jheseo**, 29. August. Das hiesige Kreisgericht verurtheilte in der gestrigen Sitzung einen Landmann aus Breitenberg wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis. Der Verurtheilte, Vater von acht Kindern und ein ruhiger, doch geistig etwas beschränkter Mann, soll sich der Schwere seines Berges nicht bewußt gewesen sein, als er die intrinimäre Aeußerung gethan hat, was auch daraus hervorgeht, daß er dem Denunzianten, einem Arbeiter, welcher ihm brieflich für sein Still-schweigen vier Thaler abforderte, wie wir hören, das Geld abschlug. Der Erpressungsversuch des Denunzianten wird wahrscheinlich nicht unbekraft bleiben.

**Breslau**, 31. August. Am heutigen Tage begaben sich einige Genossen in aller Frühe zu Cassalle's Grab, legten auf dasselbe einen Lorbeerkranz mit entsprechender Inschrift und gingen dann still ihrer Wege. Es wurde diesmal von einer öffentlichen Feier des Tages Abstand genommen. — Als haarsträubende Neuigkeit kann ich Ihnen melden, daß Genosse Keller von der österreichischen Regierung an die diesseitige ausgeliefert worden, und zwar nach einem Vertrage, welchen die deutschen Bundesregierungen im Jahre 1854 über die Auslieferung politischer Verbrecher unter sich abgeschlossen. Da nun ein Deutscher Bund zu existiren aufgehört und Oesterreich speciell aus Deutschland herausgedrängt, so sollte man glauben, daß auch die Verträge ihre Gültigkeit verloren; indeß scheint man einem Sozialisten gegenüber sich über Schonung und Gerechtigkeit keine Strupel zu machen. Keller wurde unter militärischer Eskorte von Wien, wo er einige Wochen in Untersuchungshaft gesessen, über die Grenze gebracht und der preussischen Polizei übergeben, dann hierher gebracht, wo er schwer krank angekommen. Ob der Acme die Freiheit noch einmal wiedersehen wird, ist sehr fraglich. — Wie in Berlin so auch hier in Breslau rücken nicht alle Truppen zum Manöver aus, sondern bleiben einige Bataillone hier, um die bösen Sozialdemokraten im Zaume zu halten, denn wie das böse Gewissen unserer Bourgeoisie eingelüftet, wollen die Rotten in kurzer Zeit die Commune proclamiren.

**Hamburg**, 30. August. Der hiesige Gastwirth M. S. Tempel war in Aurich wegen Majestätsbeleidigung angeklagt worden. Ueber den Prozeß berichtet die fortschrittliche „Reform“: „Dem p. Tempel wurde zur Last gelegt, daß er im Dezember vorigen Jahres, während er seinem Bruder, dem Kaufmann Tempel im Bunde, einen Besuch abgestattet, daselbst in einer Wirthschaft sich höchst unehrerbietiger und beleidigender Aeußerungen über den Kaiser bedient habe. Tempel war, seiner Aussage nach, von dieser Anklage auf das Höchste überrascht, zumal er sich im Winter vorigen Jahres gar nicht im Bunde befunden habe. Dagegen sei er im August des verwichenen Jahres dort gewesen, woraus ersichtlich, daß die Anklage auf schwankenden Füßen stehe. Er selbst wisse von den ihm zur Last gelegten Aeußerungen gar Nichts, müsse diese also schon, wenn er sich überhaupt ihrer schuldig gemacht, im Zustande der Trunkenheit, der Unzurechnungsfähigkeit gethan haben. Am letzten Mittwoch kam nun die Angelegenheit in Aurich zur gerichtlichen Verhandlung. Tempel, welcher persönlich erschienen war, vertheidigte sich in der angegebenen Weise; die vorgeladenen Zeugen, die Landwirthe Junfer und Grünfeld von Bunderhee, gaben an, sie könnten sich zwar auf den Zeitpunkt des fraglichen Vorfalles nicht befennen, mühten also nicht, ob es im August oder im Dezember sich ereignet habe, in der letzten Hälfte des vorigen Jahres aber sei es gewesen. Mit Bestimmtheit erinnern sie sich dagegen, die in Rede stehenden Aeußerungen von dem Angeklagten vernommen zu haben. Vom Gerichtshof wurde der Angeklagte des ihm zur Last gelegten Vergehens für schuldig befunden und zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 6 Monat verurtheilt, zugleich die Verhaftung ausgesprochen und Tempel in Folge dessen sofort in's Gefängnis abgeführt. — Bemerkenswerth ist an dieser Affaire vor Allem die Zeit, welche die ihr zu Grunde liegende Thatsache angeht. Fast ein volles Jahr hat vergehen können, bevor irgend Jemand durch die dem auf alle Fälle unglücklichen Manne zur Last gelegten Aeußerungen sich in seinem „Patriotismus“ dermaßen verletzt fühlte, um gegen denselben eine Klage zu erheben. Erst nach dem zweiten Attentat auf den Kaiser, als das Denunziantenfeber zum Ausbruch gekommen, griff man auf jenen Vorfalle zurück, um das „Vaterland zu retten“. Der unglückliche Mann aber wird auf anderthalb Jahre seiner Familie und seinem Geschäft entzogen, er hat anderthalb Jahre im Gefängnis zu verbringen und das um Aeußerungen willen, die ihm im Rausche entschlüpft waren und die er vielleicht schon am nächsten Morgen, nachdem der Schlaf ihn entnütchert, gründlich vergessen hatte! Die Geschichte der Majestätsbeleidigungsprozesse,

Ihr verunglückte auf Besse „Alma“ der hier wohnhafte Bergmann Hermann Klose. Der Verunglückte war bei der Lebens- und Unfall-Versicherungs-Gesellschaft „Prometheus“ in Berlin mit 1500 Mark versichert, welcher Betrag der Wittve mit ihren Kindern gut zu Statten kommen wird. — Kein Wort über den Schmerz der Wittve, die den Gatten verloren hat! Was brauchen Arbeiterkinder einen Vater? Die Wittve erhält 1500 Mark, damit ist Alles aufgewogen und in's Gleiche gebracht.

— **Beklagenswerthes Unglück.** Die liberalen Blätter schreiben aus Antonienhütte (Oberschlesien) vom 28. August: „Auf der hiesigen Graf Hugo Wendel v. Donnermarkt'schen Steinkohlengrube Gottesseggen ereignete sich gestern ein beklagenswerthes Unglück durch Explosion zweier Dampfkessel, bei welchem neben mehreren schweren und leichten Körperverletzungen drei Menschenleben, soweit bis jetzt ermittelt ist, zu beklagen sind. Das Unglück ist wahrscheinlich, wie die meisten Kessel-Explosionen, dadurch herbeigeführt worden, daß der Kesselwärter das Wasser im Dampfkessel zu sehr hat ausflocken lassen, wobei sich der mehr und mehr wasserleere Kessel zu sehr erhitzte und alsdann dem so erhitzten Kessel reich Wasser zuführte, wodurch sich plötzlich eine so große Menge Dampf entwickelte, daß solchen das Sicherheitsventil abzuführen außer Stande war, und so die übergroße Dampfmenge die Zerreißen der Kessel herbeiführte.“ — Der arme Kesselwärter! Sollte der Herr Fabrikinspektor der dortigen Gegend nicht auch die Pflicht haben, sein Augenmerk auf alte, abgenutzte Dampfkessel, welche die Fabrikanten ersparnißhalber nicht durch neue ersetzen wollen, zu richten? Vielleicht kämen dann nicht mehr so viele Kessel-Explosionen durch das „Verschulden des Kesselwärters“ vor.

— **Schöne Aussichten.** Man schreibt dem „Frankfurter Journal“ aus Köln, 29. August: „Die Hoffnung, Handel und Wandel würden in diesem Jahre einen Umschwung zum Besseren nehmen, realisiert sich leider nicht; die Jahresberichte der Handelskammern sprechen sogar von Verschärfung der beklagenswerthen Verhältnisse. Ja Westfalen scheint es schlimmer zu sein, wie am Rhein, denn während der öffentliche Anzeiger unseres Regierungsbezirks 18 Substationen in dieser Woche verzeichnet, bringt der für Amsberg 38 nothwendige Verkäufe.“

welche nach dem Attentate Nobiling's wie Pilze emporschossen, ist hiermit um einen drastischen Fall bereichert.“

— **Berlin**, 9. Aug. Seit langer Zeit versprach ich Ihnen einen Berliner Brief, doch theils sind Sie mit dem Stoffe wie immer im Vorprung, theils giebt es soviel mitzutheilen, daß ich ganze Ballen Papier verschreiben müßte, um nur einen Theil des Wissenswerthen in Ihre Hände gelangen zu lassen.

Die Berliner Parteigenossen sind mit Recht stolz darauf, im 4. Wahlkreise gesiegt zu haben, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, so werden wir die Scharte im 6. Wahlkreise bei der Annullirung der Kloy'schen Wahl sicher auswehen — denn, daß die Wahl des Herrn Kloy annullirt werden muß, erscheint allen Denen, die den Wahlprotest gelesen haben, zweifellos. Der Reichstag würde sich unsterblich blamiren, wenn er auf die mit Beweisen unterstützten Thatsachen nicht Herrn Kloy, wie s. Bt. unferem Hafencleber die Pforten des „Paradieses“ verschloesse.“

Von den bei den Wahlen im 4. Wahlkreise vorgekommenen geheimen und offenen Beeinflussungen der Wähler kann sich nur der einen Begriff machen, der gegen 5—6 Uhr die Wahllokale durchzog.

Doch wozu sich von Neuem über die Schamlosigkeit der „demokratischen“ Kreise ärgern. Wir siegten trotz alledem und damit basta.

Daß es an einer Reihe ergötzlicher Scenen nicht fehlte, liegt auf der Hand. Die jämmerliche Wahlzettelpoesie übergehe ich, so etwas sollte jede Zeitung ohne Weiteres todt-schweigen, damit der Esel, der seine Stimme, wie der Berliner sagt, „vermanscht“, nicht noch das Vergnügen hat, seinen größtentheils jämmerlichen Vers gedruckt zu sehen.

Dagegen spielte in einem Lokale der Marcusstraße eine der ergötzlichen Scenen, die mir je vorgekommen.

An den Wahlstisch tritt ein kleiner, unterlegter Mann.

„Sie wohnen?“ fragt der Wahlvorsteher.

„Eh, eh, eh!“ ist die Antwort.

„Herr! wollen Sie mich zum Narren haben?“

„Eh, eh, eh!“ antwortet der Befragte.

Da stürzt ein Herr in's Zimmer — „Verzeihen Sie, Herr Vorsteher, der Mann ist taubstumm, heißt Dull und wohnt Marcusstraße da und da.“

Während nun der Wahlvorsteher sich auf die Liste beugt und die Hand von der Urne zieht, hat Herr Dull, den die Sache ungemein zu interessieren scheint, seinen Bittel höchst eigenhändig in die Urne gesteckt.

„Herr! wie können Sie sich unterstehen!“ fährt der Wahlvorsteher auf, besinnt sich aber noch zur recht, daß der Taubstumme ihn doch nicht verstehen kann.

Der Beifitzer, der die Liste nach dem Namen durchsah, hat inzwischen gefunden, daß Herr Ball gar nicht in die Liste eingetragen ist.

„Sehen Sie,“ sagt der Vorsteher, „nun ist Ihre Stimme ungültig,“ worauf der Angeredete wieder mit „eh, eh, eh“ antwortet.

Nun ist guter Rath theuer.

Der Wahlvorsteher, einer von den anständigen Leuten seiner Partei, wendet sich fragend an den Vertrauensmann der Fortschrittspartei und an meine Wenigkeit.

„Eine Stimme muß annullirt werden,“ sagt der Fortschrittler, „und da der Mann sicher für Freische gestimmt hat, so“ — „Haben Sie das schriftlich,“ fällt ein Parteigenosse ein.

„Nun, meine Herren, so heilig sonst das Wahlgeheimniß ist, denke ich, wir machen in diesem Falle eine Ausnahme und fragen Herrn Dull direkt, wen er wählte,“ äußert der Wahlvorsteher. „Also, Herr Dull, wen haben Sie gewählt? Ja so, der Mann versteht mich ja nicht, hm, hm; muß auf andere Weise gemacht werden.“ Er ergreift einen Bleistift und schreibt seine Frage auf einen Zettel.

Der Taubstumme, dem die ganze Geschichte augenscheinlich das größte Vergnügen bereitet, liest den Zettel.

„Jetzt wird er Freische hinschreiben,“ meint triumphirend mein fortschrittliches vis à vis.

„Abwarten und Thee trinken,“ replicire ich.

Der Stumme hat inzwischen Papier genommen und schreibt mit fester Hand: Ich wählte den Stadtshyndicus Zelle. Neues Protestiren des Fortschrittlers, da der Mann dies aus Bosheit sage, um eine Zelle'sche Stimme ungültig zu machen.

Da eilt athemlos der fortschrittliche „Schlepper“, der den

\*) Wir glauben zwar nicht, daß der Protest eine Ungültigkeitserklärung zur Folge hat — Kloy ist eben nicht Hafencleber. Doch wird derselbe die Kreisrichter vom Fortschritt so recht in ihrer traurigen Gestalt zeigen. Red. d. B.

— Nun, das schadet nichts! Das Denunzianten-Reich, pardon das deutsche Reich, steht ja groß und mächtig da, feiert St. Sedan und ist im Begriffe, mehr denn eine Million seiner Bürger für vogelfrei zu erklären. Ob das den Nothstand heben wird?

— **Unterschlagungen, Kassendefekte und dergleichen** sind jetzt an der Tagesordnung. An einem Tage entnimmt die „Vossische Zeitung“ aus wenigen Blättern folgende Fälle: Posen, 29. August. Der Bankagent, Stadtrath H., Vorsteher der Reichsbank-Nebenstelle zu Gnesen, hat sich heute Morgens, als unvorhofft eine Kassendefinition vorgenommen werden sollte, durch Gift das Leben genommen. Es soll sich in der Kasse ein sehr bedeutendes Defizit, angeblich von 160,000 Mark, herausgestellt haben. — Gnesen, 24. August. Der hiesige Kasernen-Inspektor Krug, der auch die Kassa unter sich hatte, ist wegen eines Kassendefekts von 4000 Mark verhaftet worden. — Insterburg, 24. August. Vor einigen Tagen hat der hiesige Kaufmann und Agent B., früher Apothekenbesitzer und Stellvertreter des Bürgermeisters, der bisher für recht wohlhabend galt, seine Zahlungen eingestellt. Borgestrich ist derselbe nun, wie man der „Pr.-Lit. Btg.“ von hier schreibt, verhaftet worden, weil sich in den von ihm verwalteten Kassen, u. A. auch der Viktoriarüstung, Defekte vorfinden sollen. — Hensburg, 28. August. Der vor geraumer Zeit verschwundene Kaufmann J. F. Bleichschmidt, welcher bekanntlich eine Wechselland von 400,000 Mark zurückließ, ist in Chicago in erbärmlichem Zustande gefast worden. Der hiesige Creditverein, welcher allein eine Forderung von 43,000 Mark hat, verzichtet bei der gänzlichen Ausichtslosigkeit, etwas zurückzuerhalten, auf dessen Rücktransport. — Leipzig, 25. August. Major Zellmer und Prooiviantamts-Assistent Gneuß vom 107. Regiment, beide vor einiger Zeit wegen Unterschlagung verhaftet, wurden am vergangenen Dienstag vom Kriegsgericht zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. — Hartenstein (Sachsen), 22. August. Wegen Differenzen in den Büchern ist der Kassirer des hiesigen Spar- und Vorschußvereins, C. F. Förster, verhaftet worden.

Taubstummen an die Urne brachte und während des Geschildertens ein Stehstiel trank, in's Lokal.

„Gut, daß Sie kommen,“ sagt der Wahlvorsteher, „Sie haben ja den Herrn hergebracht, ist es wahr, daß er für Zelle stimmte.“

„Selbstverständlich,“ sagt der Schlepper mit Stolz und so voreilig, daß ihm keiner seiner Parteifreunde einen Bism geben kann.

„Nun denn, so erkläre ich eine Zelle'sche Stimme für ungültig,“ sagte der Wahlvorsteher, „Sie sind doch damit einverstanden?“ worauf ich zustimmend nickte und meinem fortschreitenden Freunde eine meiner besten Salonverbeugungen machte.

Doch genug für heute, ich bin unbemerkt in's Schwaben hineingekommen, und sehe zu spät, daß ich anstatt für den politischen Theil zu schreiben, Feuilletonarbeit geliefert habe. — Nachhens Mehereres und Erfreres. Bis dahin auf Wiedersehen.

**Sonnwitz** (s. Leipzig), 3. September. Ein Akt größter Gemeinheit ereignete sich am Montag Abend bei dem in der „Goldenen Krone“ stattgefundenen Sedanfest-Commer. Herr Dr. med. Sinnhold hielt eine Ansprache an die Festtheilnehmer und forderte am Schluß seiner Rede zu einem Hoch auf den deutschen Kaiser auf. Alle Anwesenden stimmten ein und erhoben sich dabei von ihren Plätzen, nur an einem Tische geschah dies nicht, und zwar deshalb, weil die dort Sitzenden, in Unterhaltung begriffen, die Aufforderung des Redners mißverstanden hatten, im Uebrigen aber — das muß hier ausdrücklich bemerkt werden — durchaus nicht als Reichsfeinde zu demonstrieren beabsichtigten, denn die Betreffenden schwenkten ihre Programme und brachten so gut wie alle Anderen das Hoch mit aus. Plötzlich ergreift ein in der Festversammlung Anwesender — Herr von Brause — ein volles Bierglas, schüttet den Inhalt desselben dem neben ihm stehenden Oberlehrer Herrn Haserland auf die Kleidung und wirft es mit solcher Gewalt nach dem Tische der sitzen gebliebenen Herren, daß es dort aufschlägt, in Stücke zerpringt und zwei der dort Placirten an Kopf und Backen verlegt. Der Thäter, welcher sich hierauf sofort entfernte, wurde von einigen nacheilenden Herren festgenommen und an den Schuhmann abgeliefert, der ihn nach dem Gemeindebureau und von da — wahrscheinlich damit dem „Herrn“ nichts geschehen möge — in seine Behausung eskortirt. Sämmtliche Anwesende sprachen ihre Entrüstung über diese Rohheit aus. — So, meine Herren Reichstreuen, jetzt ein Wort an Sie: Die niederträchtig infame Hezerei Ihrer Partei- und Wortführer, hauptsächlich aber Ihrer Preßorgane hat es bewerkstelligt, daß Sie in Ihren eigenen Kreisen bei nur dem leisesten Verdacht der Reichsfeindlichkeit Ihres Lebens nicht mehr sicher sind, daß eine Rohheit und ein Haß gegen Andersdenkende plaggreift, der in solch viehischem Gebahren seinen Ausdruck findet. Das „Leipziger Tageblatt“ plaidirt häufig für die Prügelstrafe; es mag diese Notiz abdrucken und dem Publikum zugleich mittheilen, wo der Prügel am ehesten und am meisten Verwendung finden wird und muß.

(Fidel.)  
**Friedberg**, den 28. August. Im Interesse der Wahrheit bin ich genöthigt, den Sachverhalt bezüglich der in letzter Nummer des „Vorwärts“ besprochenen Messeraffaire hiermit wiederzugeben. Rödler, der übrigens meines Wissens nicht Sozialist, aber nach Aussage seines Meisters ein ganz braver Mensch ist, hatte an dem Sonntag der That des Guten ein wenig zu viel genossen und begab sich in ziemlich angeheiterten Zustande gegen 11 oder 12 Uhr Nachts auf den Heimweg. Von verschiedenen Personen wurde ihm, wie man sagt, zugerufen: „Er Gott“, ein Ausruf, der hier zu Lande gebräuchlich ist bei allen Denen, welche einen Angetrunkenen zu foppen beabsichtigen.  
Rödler blieb die Antwort, und zwar eine sehr berbe, nicht schuldig, und war eben im Begriff die Hausthüre aufzuschließen, als ein benachbarter Regiermeister auf ihn zu sprang und ihm einen Schlag verfehte, daß er, Rödler, zu Boden stürzte. Darauf überfiel ihn ein Steinhauergerelle mit dem Messer und verfehte ihm mehrere Stiche, einen in den Unterleib, einen in den Rücken und einen in den Schenkel. Dabei ist der Ruf erschallt: „Dich Sozialdemokraten wollen wir vernichten!“ Der Meister Rödler's, unser Freund F., will mehrere Zeugen stellen die den Ruf gehört haben. Dies die wahrheitsgemäße Schilderung des traurigen Vorfalles, soweit er mir zu Ohren kam. Die Untersuchung, welche sofort nach Arretur des Thäters eingeleitet wurde, wird das Nähere ermitteln.

Inzwischen ist Rödler wieder so weit hergestellt, daß er ausgehen kann, der Steinhauer aber, wie ich erfahren, ist seiner Haft entlassen.

Es ist nicht richtig zu sagen, daß die Liberalen hier ein Attentat verübt hätten, denn so viel ich weiß ist der Thäter ebensowenig ein Liberaler, wie Rödler Sozialist ist. Damit soll aber durchaus nicht gesagt sein, daß die Hezereien der Liberalen und Conservativen nicht ganz dazu angethan sind veraltete Attentate zu provoziren. Hat man doch in hiesigen Wirthschaften anständige Leute oft genug insultirt oder gar mit dem Kufe: „Waus mit dem Sozialist“, aus dem Lokale geworfen; ja, eine Gesellschaft Bürger und sonstige Individuen erließ im hiesigen Blättchen, genannt „Oberhessischer Anzeiger“, eine Erklärung, daß sie mit den Verherrlichern der Pariser Mordbrenner der Commune, mit diesen „Pestheulen“, die dem „Auswurf der Gesellschaft“ nichts gemein haben wollen. Wenn Leute, wie ein Herr Peter Döll, Wagner, Engel, Schenk u. s. w. derartiges thun, so findet man dies am Ende natürlich, wie aber die Namen von einem Herrn Lehrer Meinel, von einem Kaufmann Hausstätt unter diese Erklärung kamen, das bleibt ein Räthsel oder zeigt doch, wie sonst durchaus gebildete und ordentliche Leute fanatisirt werden können. Da ist es doch wahrhaftig nicht zu verwundern, wenn rohe, unverständige Menschen ein gutes Werk zu thun glauben. Einen dieser vermeindlichen „Auswürfe“ aus der Welt zu schaffen. So lange wir hier agitirt, hatten wir es auch mit Rohheiten der Gegner zu thun und nur der großen Mäßigung der Sozialisten war es zu verdanken, daß nicht öfter blutige Kausereien entstanden. Die feinen Herren dieser Gesellschaft hüten sich freilich, sich an solchen Scenen zu betheiligen, dafür aber thut der von dem Ordnungsöbel aufgehehete Rob seine Schandigkeit.  
Mit bestem Gruß  
— g.

**Gottbus**, 17. August. (Blöße zum neuen Sozialistengesetz.) Nach Durchlesung der 24 Paragraphen des neuen Sozialistengesetzes fragen wir: Was ist der langen Rede kurzer Sinn? Wohin zielt man? — Antwort: Man will den menschheitlichen Fortschritt ein Halt gebieten. Wie Stahl einst sagte: Die Wissenschaft muß umkehren, so sagt man jetzt: Die menschheitliche Entwicklung soll aufhören. Das sozialistische Ziel ist das der menschheitlichen Entwicklung, es heißt: Glück und Wohl aller Menschen auf Erden. Also Halt! Stillstand. Nicht Glück und Wohl aller Menschen, sondern nur einer besserstimmten Widertheil! Wohlismus und Egoismus for ever! Kein Humanismus und Sozialismus!  
—

Obgleich das ganze Leben ein fortwährendes Streben, Berändern und Wechseln ist, so soll trotzdem der Stillstand eintreten, es soll keine Geschichte mehr geben. Die folgenden drei

\*) Es wird also im großen Ganzen unser erster Bericht bestätigt. R. d. B.

